



Eine neue Weltordnung ist nötig

Von Kurt Bangert

Wenn wir uns die globalen Trends anschauen, auf die wir gegenwärtig mit Riesenschritten zugehen, so geben sie uns wenig Anlass zu Optimismus und zum Jubeln. Was sehen wir? Eine rasante Zunahme der Weltbevölkerung, die Armut vor allem in der südlichen Hemisphäre, die weitere Verschärfung der HIV/AIDS-Pandemie, die Chancen-Ungleichheit einer wirtschaftlichen Globalisierung, eine sich öffnende Schere von Arm und Reich – auch hierzulande, die Verschwendung der natürlichen Ressourcen, die Gefahren für Klima und Umwelt, die unzähligen innerstaatlichen Konflikte und die wachsende Ohnmacht vieler Regierungen, bewaffnete Konflikte im eigenen Land zu lösen, dazu der internationale Terrorismus in Verbindung mit religiösem Fanatismus – diese globalen Trends bedürfen auch globaler Antworten.

Meiner Meinung nach ist es deshalb von großer Dringlichkeit, darüber nachzudenken, welche globalen Strukturen und Mechanismen nötig sind, um eine wirksame globale Politik in die Wege zu leiten. Im Augenblick sind die Vereinten Nationen zu schwach, da der Weltsicherheitsrat sich oft selbst blockiert beziehungsweise durch das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder handlungsunfähig wird. Auch ist eine zu große Dominanz durch die Vereinigten Staaten von Amerika gegeben, das Land, das sich selbst oft nicht an die Entscheidungen der Vereinten Nationen gebunden fühlt. Aber gerade deshalb erscheint es notwendig, in Kooperation mit den USA eine wirksamere Maschinerie der Globalpolitik zu entwickeln. Dazu einige Ideen, Anregungen und Überlegungen:

1. Eine Revision beziehungsweise **Weiterentwicklung der UN-Charta** erscheint nötig. Wir verdanken der UN die Entwicklung des Völkerrechts, die Verankerung der Menschenrechte und das Prinzip der Nichteinmischung in die Souveränität nationaler Staaten. Doch nach mehr als 50 Jahren muss man auch sehen, dass sich die Weltlage gegenüber der Nachkriegszeit verändert hat und die Probleme der Zukunft nicht durch die Mechanismen von damals gelöst werden können. Die Völker werden heute in ihrer Sicherheit durch neue Gefahren bedroht, die damals nicht bekannt waren.

2. Unter Mitwirkung aller Staaten sollte eine **Weltverfassung** initiiert werden. Ziel einer solchen Weltverfassung muss eine Weltgemeinschaft sein, die sich ihrer gegenseitigen Abhängigkeit bewusst ist und in der es nicht nur um die Wahrung einzelner nationaler Interessen, sondern um das Wohl aller geht. Letztlich dienen wir unseren eigenen Interessen gerade auch dadurch, dass wir die Interessen unserer Nachbarn berücksichtigen.

3. Ein **Weltparlament** sollte ins Leben gerufen werden, das die Aufgabe hätte, unter Mitwirkung aller Staaten Gesetze, die alle Länder betreffen, mehrheitlich zu verabschieden. Dabei kann man sich vorstellen, dass es neben dem Prinzip One State – one vote auch noch andere Kriterien der Einflussnahme gibt. Manche Vordenker schlagen zwei Kammern vor: eine basierend auf dem Nationalstaat, eine andere basierend auf der Bevölkerungszahl. Ein Weltparlament würde sich zu den Prinzipien der Demokratie und Selbstbestimmung bekennen und diese weltweit fördern.

4. Durch das Weltparlament würde eine umfassende **Weltgesetzgebung** geschaffen und kontinuierlich verbessert werden. Bestehendes Völkerrecht würde hineinfließen und fest verankert werden.

5. Die Vereinten Nationen sollten zu einer Art **Weltverwaltung** umgewandelt werden, mit einer Legislative, Exekutive, einer Rechtsordnung und einer stehenden Eingreiftruppe.



Dies bedarf des Verzichts auf einen Teil der staatlichen Souveränität, was für Europäer weniger problematisch wäre als etwa für US-Amerikaner. Aber gerade die US-amerikanischen Staaten haben positive Erfahrungen mit einem föderalen System gemacht, das den blutigen amerikanischen Bürgerkriegen Einhalt gebieten konnte. Der Föderalismus funktioniert nur, wenn er vom Prinzip der Subsidiarität begleitet wird: Dinge, welche die Stadt betreffen, werden vom Stadtparlament entschieden, Dinge, welche die Region betreffen, werden vom regionalen Parlament entschieden; Dinge, die den souveränen Staat betreffen, vom nationalen Parlament und Dinge, die grenzüberschreitende, globale Auswirkungen haben, vom Weltparlament.

6. Eine gewisse **Einschränkung nationaler Souveränität** scheint unausweichlich. Der Nationalstaat wird in Zukunft nicht mehr dieselbe Bedeutung haben wie im 20. Jahrhundert. Staaten werden ohnehin mehr und mehr in regionale Verbände wie die Europäische Union eingebunden werden. Die uneingeschränkte und unantastbare nationale Souveränität und das absolute Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates wird es nicht mehr geben. Eine Einmischung durch die Weltgemeinschaft vor allem zur Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere im Falle von unterdrückten und verfolgten Minderheiten, muss als Normalität akzeptiert werden. Souveränität darf keine Legitimation für Massentötungen oder Genozid sein. Dazu bedarf es freilich gewisser Kriterien der Überwachung, des Eingreifens und der Beendigung solchen Eingreifens.

7. Eine **Aufstockung des Weltsicherheitsrats** mit mehr ständigen Mitgliedern ist dringend geboten, um eine ausgeglichene Repräsentanz der Weltbevölkerung und ihrer Staaten (wie Indien) zu ermöglichen; eine Aufstockung wird aber nur sinnvoll sein, wenn gleichzeitig eine **Einschränkung des Vetorechts** der permanenten Mitglieder beschlossen würde.

8. Es bedarf einer **Revision des internationalen Sicherheitsbegriffs**: Sicherheit wird schon lange nicht mehr vom bipolaren Ost-West-Denken bestimmt und kann auch nicht mehr allein militärisch definiert werden. Statt dessen muss es vor allem um eine präventive Friedenspolitik gehen und gerade deshalb auch um die Beschäftigung mit Fragen der Demokratie, der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung, der Menschenrechte und der Ökologie. Insbesondere müssen auch die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen von Konflikten berücksichtigt und angegangen werden.

9. Es müssen auch ein **Weltwirtschaftsrat** und ein **Weltsozialrat** ins Leben gerufen werden, denn aus dem vorgenannten Punkt ergibt sich, dass es nicht reicht, einen Weltsicherheitsrat zu haben, der nur dann tätig wird, wenn die Sicherheit (im engeren Sinn verstanden) eines oder mehrerer UN-Mitglieder in Gefahr ist. Denn Sicherheit (im weiteren Sinn) ist auch dann gefährdet, wenn Menschen und Staaten dadurch bedroht werden, dass ihnen wirtschaftliche Grundlage entzogen ist. Alle drei Gremien würden von einem gemeinsamen Sekretariat unterstützt werden, das allen drei Räten zurarbeiten würde. Dieses Sekretariat wäre auch verantwortlich für umfassende Analysen und Bewertungen der sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte von Staaten und Bevölkerungsgruppen.

10. Es bedarf einer **neuen Weltwirtschaftsordnung**, in der die Entwicklungsländer eine bessere Chance erhalten. Wirtschaftliche und soziale Konflikte und die mit ihnen oft einhergehenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden gefährden die allgemeine Sicherheit. Die Prozesse der Globalisierung bedürfen internationaler Regeln, damit sie nicht ausschließlich vom Gesetz des Stärkeren bestimmt werden.

11. Zum Schutz der Umwelt könnte ein **Weltumweltrat** (Environmental Security Council) ins Leben gerufen werden, der nicht nur Forschung betreibt (wie der ICCP), sondern darüber hinaus auch die Vereinbarung von internationalen Umwelt-Konventionen vorantreibt und ihre Umsetzung überwacht.



12. Dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) könnte man auch eine **International Law Enforcement Agency** zur Seite geben, die das Recht hätte, Verdächtige festzunehmen, einzusperrern und vor Gericht zu bringen, wenn begründeter Verdacht besteht, dass sie schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen haben.

13. Andere UN-Gremien könnten sich später auch mit solchen Problemen wie Migration, Drogen oder internationaler Kriminalität befassen.

14. Es sollte eine **UN Agency for Religion** ins Leben gerufen werden, die unter Mitwirkung aller großen Religionen gemeinsame ethische Standards erarbeitet und ihre Umsetzung überwacht. Alle Religionen, auch die kleinen Sekten, sollten auf diese Standards verpflichtet werden. Darüber hinaus würde sich die Agency für Frieden und religiösen Dialog einsetzen.

15. Zur Bekämpfung der Armut in den stark unterentwickelten Ländern sollte ein **Marshallplan für die Erde** ins Leben gerufen werden, ähnlich wie er nach dem Zweiten Weltkrieg für den Wiederaufbau Deutschlands eronnen wurde und wie er aufgrund eines Vorstoßes von Al Gore heute von der *Global Marshall Plan Initiative* gefordert wird. Denn vielen Experten ist klar: Nur mit massiver Hilfe werden sich die ärmsten Länder aus ihrer Armut befreien können und an der Verhütung der Globalen Erwärmung mitwirken können.

Gegen diese globalen Institutionen und damit einen weiteren Ausbau des UN-Systems wird es gewiss viele Widerstände geben, weil eine globale Politik den Partikularinteressen einzelner Staaten zuwiderlaufen könnte. Auch könnte man befürchten, dass starke UN-Gremien, insbesondere eine Weltverwaltung, ihre Macht missbrauchen könnten. Gerade in den USA gibt es starke konservative religiöse Kreise, die sich aufgrund einer falsch verstandenen Bibelauslegung massiv gegen eine Weltverwaltung erheben würden, weil sie darin die Verkörperung des so genannten „Antichristen“ sähen. Dieser fehlgeleitete christliche Fundamentalismus verhindert schon jetzt ein stärkeres UN-Engagement der Vereinigten Staaten von Amerika. Dennoch sollte man über diese Anregungen mehr nachdenken, weil eine globalisierte Welt unbedingt auch eine globale Politik braucht, damit die Nationalstaaten nicht nur ihre eigenen Interessen vertreten, sondern sich in ausreichendem Maße auch globale Anliegen zu eigen machen. Damit Gott nicht nur Amerika oder den wohlhabenden Westen, sondern auch den Rest der Welt segne.